

Sigmar Gabriel

Deutschlands Zukunft schreiben

Europa erlebt eine neue Herausforderung seiner Werte und politischen Ziele. Die Zwischenbilanz ein Vierteljahrhundert nach Ende des Kalten Krieges fällt ernüchternd aus: Aus den Hoffnungen nach dem Fall der Mauer, als die Zukunft Europas ein Versprechen für Demokratie, Wohlstand, Sicherheit und Stabilität war, sind 25 Jahre später Verunsicherungen geworden. Das »Ende der Geschichte« (Francis Fukuyama) ist nicht eingetreten. Weder die westlich-liberale Demokratie noch die sozialstaatlich eingerahmte Marktwirtschaft gelten unangefochten.

Statt einer Welt des Friedens und des Fortschritts erleben wir eine Welt voller Unsicherheit: Die Ukraine-Krise hat den Krieg zurückgebracht nach Europa. Mit der Griechenland-Krise geriet die Euro-Zone an den Rand des Scheiterns. Die brutalen Mörder des IS tragen ihren Terror nach Europa, das zugleich unfähig erscheint, eine gemeinsame Antwort auf den Umgang mit Millionen Flüchtenden zu finden, die hier Schutz und eine neue Heimat suchen. Mehr noch: War das geeinte Europa seit den Gründungsverträgen der Europäischen Union geprägt von wachsendem Wohlstand, so ist Europa heute wirtschaftlich und politisch instabil und wird zunehmend als Faktor der Unsicherheit und unkalkulierbaren Risiken wahrgenommen.

Gleichzeitig erleben wir den Aufstieg radikaler politischer Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums: Die Rechte regiert in Ungarn und stellt sich gegen die europäischen Werte, nicht nur in der Flüchtlingspolitik. Rechtsnationale haben die Wahlen in Polen gewonnen. Ihre ersten politischen Signale hinsichtlich Europa, Pressefreiheit und Gewaltenteilung sorgen für kritische Kommentare. In Schweden sind die rechtspopulistischen »Schwedendemokraten« in Umfragen stärkste Partei. In Finnland sind die »Wahren Finnen« bei den Wahlen in diesem Jahr zweitstärkste Partei geworden, und sie sind sogar in die Regierung eingetreten. In den Regionalwahlen in Österreich hat die FPÖ große Erfolge erzielt und liegt in bundesweiten Umfragen bei über 33 %. In Großbritannien setzt die »United Kingdom Independence Party« (UKIP) mit bürgerlichem Habitus und aggressiver Politik die britische Politik unter Druck. In Frankreich macht der »Front National« Kampagnen mit dem Slogan »national und sozial« und ist mit 28 % als stärkste Partei aus den Regionalwahlen hervorgegangen. Als Gleichgesinnter sorgt in den USA der rechts-exzentrische Donald Trump mit Unterstützung der Tea-Party-Bewegung durch die Verächtlichmachung demokratischer Politik und teilweise blanken Rassismus für immer neue Tiefpunkte im politischen Klima Amerikas.

Auch in Deutschland manifestiert sich erkennbar Misstrauen und teilweise auch offene Ablehnung gegenüber dem »System«, zu dessen Trägern als »etablierte Partei« auch die SPD gehört. Die politische Mitte gerät zunehmend unter Druck: Sinkende Wahlbeteiligungen führen immer häufiger bei Landtags- und Kommunalwahlen dazu, dass teilweise rund die Hälfte der Wahlbürger/innen den im Bundestag vertretenen Parteien die Stimme verweigert. Die »Alternative für Deutschland« hat sich trotz heftiger interner Querelen in den Umfragen stabilisiert und legt dabei zusehends ihren bürgerlichen Habitus ab. Hinzu kommt eine spürbare Radikalisierung am rechten Rand des politischen Spektrums, der sich in seiner Menschenverachtung nicht nur ganz offen im Internet zu Wort meldet, sondern auch vor tätlichen Angriffen und Mordversuchen auf Flüchtlinge wie Politiker nicht mehr Halt macht.

Die deutsche und die europäische Sozialdemokratie führen an dieser Zeitenwende einen entscheidenden Kampf um die Mitte. Sie kämpfen dabei gegen Systemverachtung, Nationalismus, Ausgrenzung, Abschottung, Intoleranz und Rassismus. Sie kämpfen für ein offenes und freies Europa, für Zusammenarbeit und Versöhnung, für Pluralismus und Gemeinsinn.

Die etablierte Politik – auch die der SPD – reagiert dabei auf den erstarkten Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus bisher vor allem mit Ausgrenzung. Wo von rechts mit öffentlichen und digitalen Hasstiraden bis hin zur offenen Morddrohung gehetzt wird und politisch motivierte Gewalttaten verübt werden, muss die wehrhafte Demokratie ihre rechtstaatlichen Mittel nutzen, auch mit Blick auf ein mögliches Verbot der NPD.

Doch wir können uns nicht darauf beschränken. Ein handlungsfähiger Rechtsstaat kann nicht die Aufgabe erfüllen, den massiven politischen Vertrauensverlust zu kompensieren. Als Demokraten, zumal als Sozialdemokraten, können wir auf den Vertrauensverlust von Menschen, die keine Rechtsradikalen sind, nicht ausschließlich mit Abweisung reagieren. Das wäre moralisch zweifelhaft und strategisch unklug. Vielmehr sollten wir uns mit den Motiven dieser wachsenden Entfremdung auseinandersetzen.

Die entschiedene Verfolgung Krimineller muss deshalb ergänzt werden durch eine Dialogoffensive und politische Angebote der SPD an diejenigen, die nicht rechtsradikal sind, sich aber dennoch abgewandt haben von unserer Demokratie und die sich in den politischen und wirtschaftlichen Elitendialogen längst nicht mehr wiederfinden. Sie drohen sich dauerhaft abzuwenden hin zu einer düsteren Parallelgesellschaft und obskuren digitalen Schattenwelt der Desinformation, Verschwörungstheorien und Ressentiments, von denen die Wege in Radikalität und Extremismus oftmals erschreckend kurz sind.

*Vertrauen ist in
unserem Land an
vielen Stellen
brüchig geworden*

Wir müssen verlorenes Vertrauen wieder aufbauen in eine handlungsfähige Demokratie, die in der Lage ist, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, die individuelle Chancen und den Schutz der Solidargemeinschaft zu organisieren und Probleme zur Sprache zu bringen und diese wirksam zu lösen. Dieses Vertrauen ist in unserem Land an vielen Stellen brüchig geworden. Heute treffen in Deutschland immer heftiger fehlende Aufstiegschancen und Abstiegsangst aufeinander und stellen den sozialen Zusammenhalt in Frage. Das Leitmotiv der Bundesrepublik, dass es den Kindern »einmal besser gehen soll«, gilt für viele nicht mehr. Stattdessen erleben immer mehr Menschen die Angst vor Verschlechterung als ihr zentrales Lebensgefühl. Auch wenn Deutschland insgesamt bei Wirtschaft und Beschäftigung hervorragend dasteht und es den meisten ökonomisch gut geht, so ist die Angst vor dem Abstieg in vielen Fällen bedrückend real und übt einen gewaltigen Druck aus.

Die Flüchtlingssituation wirkt in dieser Situation wie ein Katalysator auf unsere Gesellschaft: Sie verstärkt den Vertrauensverlust in das demokratische System, seine Steuerungskompetenz und seine Fähigkeit Probleme zu lösen. Gleichzeitig verstärkt sie Abstiegsängste vor dem Hintergrund neuer vermeintlicher Sozial-Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt. Schließlich artikulieren sich Sorgen vor Überfremdung angesichts neuer Nachbarn aus bislang weitgehend unbekannten Kulturkreisen. Hier besteht die Gefahr, dass sich gesellschaftlicher Zusammenhalt in einem »Aufstand der Ängstlichen« (DER SPIEGEL) auflöst und die Mitte der Gesellschaft an die Ränder gedrückt werden.

Für die Sozialdemokratie muss es darum gehen, die Mitte der Gesellschaft nicht kampflos aufzugeben und an die Angst zu verlieren. Vielmehr muss es darum gehen, die Wurzeln der Sozialdemokratie in der Mitte wieder zu festigen, die Alltagsinteressen der Menschen in den Blick zu nehmen und ihre Verunsicherung nicht mit Abschätzung, sondern mit Zuwendung, der *compassion* Willy Brandts, zu begegnen.

Die SPD darf keine Scheu haben, sich in ihren programmatischen Debatten zu dieser arbeitenden Mitte der Gesellschaft zu bekennen. Denn nur wenn für die Menschen im Zentrum der Arbeitsgesellschaft erkennbar ist, dass sie im Mittelpunkt der Politik stehen, ihre Arbeitsleistung angemessen honoriert wird und die Perspektiven ihrer Kinder gesichert sind, sind sie auch bereit, denen zu helfen, die am Rande stehen und die der Hilfe bedürfen.

Diese Haltung muss die SPD gleichzeitig ganz konkret mit einer großen Gesellschaftspolitik unterfüttern, die die notwendige doppelte Integration ermöglichen kann: Die Integration der Neuankömmlingen und gleichzeitig die der Menschen in Deutschland, die sich von der Mitte unserer Gesellschaft zu entfernen drohen.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir die Institutionen unseres sozialen und demokratischen Rechtsstaates und sein normatives Grundgefüge konsequent ausbauen und verstärken. Eine solche große Gesellschaftspolitik ist anspruchsvoll – wir müssen ihre Reichweite und ihre finanziellen Voraussetzungen für ein ganzes Jahrzehnt konzipieren. Dazu gehören Investitionen in Familien, Bildung, Städtebau, Arbeitsmarkt und Chancengleichheit genauso wie Investitionen in öffentliche Institutionen, die soziale und innere Sicherheit wirksam gewährleisten. Beides sind Kernkompetenzen der SPD.

Dazu gehört ebenfalls eine Wirtschaftspolitik, die konsequent auf Innovationen und Investitionen setzt und mit einer modernen Infrastruktur die entsprechenden Rahmenbedingungen bereitstellt. Die Internationalisierung und Digitalisierung der deutschen Volkswirtschaft muss genauso als Aufgabe der SPD verstanden werden wie die konsequente Förderung von Unternehmensneugründungen. Wachstum und wirtschaftliche Dynamik, Innovationsfreude und technologischer Fortschritt sind sozialdemokratische Kernthemen. Erst wirtschaftlicher Erfolg schafft auch die finanziellen Grundlagen für eine gestaltende Gesellschaftspolitik.

*Wir brauchen
einen handlungs-
fähigen Staat*

Für die Herausforderungen der nächsten Jahre brauchen wir einen Staat, der handeln kann, Achtung genießt und sichtbar Probleme löst. Eine vielfältigere Gesellschaft ist auf starke Institutionen angewiesen, die Vertrauen stiften, das Gemeinwohl fördern und ihre Regeln durchsetzen. Gleichzeitig braucht sie ein stabiles Wertefundament, das auf den ersten 20 Artikeln des Grundgesetzes beruht und die Prinzipien des Zusammenlebens für alle Menschen in Deutschland offensiv und klar vertritt.

Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Wir können uns entscheiden, in welchem Land, in welcher Gesellschaft wir leben wollen: In einem Land der Defensive, das sich einigelt in seinen Grenzen und seinen Ängsten, das aggressiv seine Besitzstände verteidigt und sich nichts mehr zutraut. Ein strukturkonservatives und zerrissenes Land, das nicht mehr weiß, was es erreichen will, sondern nur noch, was es vermeiden will.

Oder wir entscheiden uns für ein zuversichtliches und offenes Land, das an sich glaubt und für das die Zukunft keine Drohung, sondern ein Versprechen ist. Ein Land, das seinen Chancen und seiner eigenen Kraft vertraut und bereit ist für neue Wege

und einen neuen Aufbruch. Die deutsche Sozialdemokratie steht seit mehr als 152 Jahren für ein mutiges, fortschrittliches und solidarisches Land. Jetzt geht es erneut darum, Sorgen ernst zu nehmen, Ängste zu überwinden und Vertrauen aufzubauen. Gleichzeitig wollen wir auch wieder Begeisterung wecken für einen politischen Aufbruch!

Denn Wahlerfolge sind nicht die politische Dividende für die Leistungen der Vergangenheit, sondern ein Vertrauensvorschuss der Menschen für die überzeugendsten politischen Zukunftskonzepte. Deswegen sollte unsere Perspektive auf »Deutschland 2025« gerichtet sein mit dem Leitgedanken: Sicher leben in einer offenen Gesellschaft. Als stolze Reformpartei, die mit Mut und Hoffnung auf eine bessere Zukunft setzt und Sicherheit und Modernisierung nicht gegeneinander stellt.

Wir werden das eine nicht ohne das andere erreichen. Sicher können wir nicht sein ohne die Öffnung nach außen: Ohne internationale Partner, globale Vernetzung und Innovationsbereitschaft. Sicher können wir auch nicht leben ohne die innere Öffnung unserer Gesellschaft für mehr Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Ohne den Abbau von Blockaden gegenüber Teilhabe und sozialen Aufstieg. Ohne den Abbau von Diskriminierungen nach Herkunft, Alter, Geschlecht, Familienform oder sexueller Orientierung. Dieser Kompass wird wegweisend sein für unsere Programmarbeit in den nächsten Jahren und wird 2017 zu einem Regierungsprogramm der SPD führen, aus dem eine klare sozialdemokratische Alternative für die Zukunft unserer Gesellschaft hervorgeht. Wir müssen das sozialdemokratische Versprechen erneuern.



Sigmar Gabriel

ist SPD-Parteivorsitzender, Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Mitherausgeber der NG|FH.

sigmar.gabriel@spd.de

Nils Heisterhagen

Sicherheit durch Wandel

Die SPD auf Bundesebene hängt im 25 %-Loch fest. In den Analysen, die es mittlerweile in großer Zahl gibt, wird mal der fehlende inhaltliche Spin, mal die Linkspartei, mal personelle Unzulänglichkeit, mal die erodierenden lokalen Verankerungen, mal die Bedeutungslosigkeit in den neuen Bundesländern und mal die konservative Stimmung im Land als Ursache für die mangelnde Attraktivität der SPD ausgemacht.

Was also braucht die SPD, um wieder auf die Beine zu kommen? Meine Antwort lautet: Sie braucht eine Geschichte; von der Gegenwart im Land und für die Zukunft des Landes. Nur mit einer glaubwürdigen und stringenten Erzählung hat sie wieder Chancen bei der Wählerschaft Zuspruch zu finden.

Doch diese Metageschichte darf die SPD nicht allein deswegen entwerfen, weil sie gewählt werden will. Das wäre nicht authentisch und würde als strategisches Handeln schnell entlarvt. Die Wählerinnen und Wähler machen nur dann das Kreuz bei der SPD, wenn diese ihnen plausibel, ehrlich und aufrichtig vermitteln kann, vor welchen Herausforderungen Deutschland steht, und Lösungen anbietet. Und diese Angebote